

„Ich bin Jude und vor allem Kommunist“

Der heute 92jährige Fritz Teppich stand 1995 Rede und Antwort

Sie sind Jude ...

... Angehöriger des jüdischen Volkes. Und vor allem Kommunist. Ich bleibe Jude, solange es Antisemiten gibt.

Wie sehen Sie sich, die Juden überhaupt?

Juden sind normale Menschen, ebenso unterschiedlich, auch gegensätzlich orientiert wie andere. Es gibt Nichtgläubige wie mich, ebenso Gläubige verschiedenster Bekenntnisse, Wohlhabende und Arme, Linke wie Rechte, Internationalisten und Nationalisten, Intelligente und Dumme. Wir sind eben normale Menschen, was manche, so oder so, allerdings leugnen.

Was heißt „so oder so“?

Juden werden von Antisemiten als „Untermenschen“ verleumdet – von Philosemiten zu höheren Wesen umgedeutet. Beides läuft auf Ausgrenzung hinaus. Antisemitismus und Philosemitismus sind im Grunde zwei Seiten einer Medaille.

Sind Sie jüdischer Kommunist oder kommunistischer Jude?

Jüdischer Kommunist mit BRD-Staatsangehörigkeit. Oft werden Nationalität und Staatsbürgerschaft fälschlicherweise gleichgesetzt. Ich bin Jude, doch keineswegs Israeli.

Sie entstammen einer großbürgerlichen Familie. Wie kam es, daß Sie Kommunist wurden?

Ich bin in Spanien Mitglied der dortigen KP geworden, dann in Frankreich der KPD. Meine Mutter war in erster Ehe mit dem früh gestorbenen Dr. Sigismund Rahmer verheiratet, einem Arzt mit Armenpraxis in Kreuzberg, der zugleich Kleistforscher war. Dr. Rahmer war entschiedener Verfechter der Assimilation.

Er war der Meinung, das Beharren einer Minderheit auf Anderssein, zumal gestützt auf besondere Religion, müsse immer wieder zu ernststen bis tragischen Konflikten führen. Deshalb plädierte er für allmähliches, gewolltes Aufgehen in der Mehrheit.

Der Wunsch nach Assimilation erfüllte sich nicht ...

Als ich Mitte der 20er Jahre eingeschult wurde, sah ich mich im Gefolge der unter Ebert, Noske, Scheidemann abgewürgten Revolution von 1918/19 verbreitetem, virulentem Rassenhaß seitens bürgerlicher Mitschüler und kleinbürgerlicher Lehrer ausgesetzt. Dieser Konflikt hat mich früh geprägt.

Wie reagierten Sie darauf?

Ich trat dem jüdischen Pfadfinderbund „Kadimah“ bei. Bald stellte sich heraus, daß der Bund zionistisch ausgerichtet war. Zionismus galt damals unter den meisten deutschen Juden als extremistische Randerscheinung.



Fritz Teppich am 26. Januar 1988 vor dem Westberliner ICC

Geprägt durch mein liberales Elternhaus stieß mich die aggressive Indoktrination im „Kadimah“ ab, so mit Sprüchen wie „Araber sind keine Menschen!“ – Keine Menschen? Jene, mit denen Juden jahrhundertlang oft gut gelebt hatten?

Haben Sie über Ihre Zweifel mit anderen gesprochen?

Einem unserer Führer fiel mein Unbehagen auf. Der nur wenige Jahre Ältere sah die Ausrichtung unseres Bundes, wie er mir später anvertraute, mit zunehmender Sorge. Nach und nach erfuhr ich von ihm, Zionismus sei im Grunde nichts anderes als jüdischer Nationalismus. Nur wenn für Benachteiligte und Unterdrückte eine annähernd gerechte Ordnung erkämpft und stabilisiert wäre, würden Minderheiten, darunter Juden, in Sicherheit leben können, meinte er.

Sie haben den deutschen Nationalismus erlebt, der jeden anderen an Grausamkeit und Perversion in den Schatten stellte ...

Ja. Doch jeder sollte, das habe ich im jüdischen Religionsunterricht gelernt, erst vor der eigenen Tür kehren. Auch aus Respekt vor unseren von deutschen Faschisten Ermordeten kann ich die in und um Israel zur Tagesordnung gehörenden, oft blutigen Unterdrückungsmaßnahmen nicht schweigend hinnehmen. Ich befinde mich da im Einvernehmen mit vielen anderen Juden.

Nationalismus, egal welcher Art, ist für Sie ein Grundübel?

Im Laufe meines langen Lebens habe ich Nationalismus verschiedenster Schattierungen als eine der schlimmsten Verirrungen und Plagen der Menschheit kennengelernt. Ich habe die Deutschnationalen erlebt, die Stahlhelmer, Hitleristen; dann in Frankreich Feuerkreuzler, in Belgien Rexisten, in Spanien Falangisten. Überall führte Nationalismus, so unterschiedlich er sich in einzelnen Facetten zeigen mochte, letztlich ins Abseits oder gar, wie in Deutschland, in tiefste Abgründe und größte Schande.

Aber jüdischer Nationalismus hat in seinem historischen Ursprung doch einen verständlichen Ansatz?

Er wurde von seinen bürgerlichen Schöpfern in einer Epoche, entwickelt, die u.a. durch Pogrome im Zarenreich und in Frankreich durch die Dreyfus-Affäre geprägt war. Als deutscher Staatsbürger habe ich mich stets gegen deutschen Nationalismus eingesetzt. Durfte ich da das Verhängnisvolle des jüdischen Nationalismus übersehen? Nein, die Parole „Recht oder Unrecht – mein Vaterland“, würde, auch wenn Israel das meinige wäre, nie die meine sein. Verurteilung des Zionismus ist ebenso wenig antisemitisch wie, bei allem Unterschied, Antinazismus antideutsch war oder ist.

Auch Sie konnten rechtzeitig Nazideutschland verlassen.

Dank der Weitsicht meiner Mutter, die schon am 1. April 1933, zum sogenannten Judenboykott, meinte: „Das ist schlimm und wird noch viel schlimmer werden!“ Sie hat meinen etwas älteren Bruder Hans und mich damals 14jährigen nach Paris in eine Kochlehre geschickt. Ihr vor allem verdanken wir, mit dem Leben davongekommen zu sein.

Meine Mutter und mein jüngster Bruder Helmut vermochten nach der Reichspogromnacht zwar in die Niederlande zu emigrieren, wurden dort aber 1940 von der Wehrmacht eingeholt, deportiert und deutsch-staatlich ermordet.

Drei Jahre schlugen Sie sich in Frankreich, England, Belgien durch, dann gingen Sie nach Spanien, zur Verteidigung der Republik.

Ich hatte mich in Belgien in der sozialistischen Jugendbewegung engagiert. Damals wurde diese von dem noch als Linken

gefeierten späteren NATO-Generalsekretär Paul-Henri Spaak gefördert. Anfang September 1936 folgte ich einer Gruppe der Spaak nahestehenden Schutzformation U.S.A.F. (Sozialistisch-Antifaschistische Union) ins Baskenland, nach Euzkadi. In Verteidigung der sich auf ein überragendes Volksfront-Wahlergebnis stützenden Spanischen Republik hofften wir, die von Deutschland und Italien nach allen Seiten überschwappende braune Welle abblocken, einen zweiten Weltkrieg, verhindern zu können.

Sie waren bis zum letzten Tag des Verteidigungskrieges, dem 31. März 1939, dabei? Ja, zu Beginn in San Sebastian im liberalen Milizbataillon „Azaña“, schließlich im XXII. Armeekorps als Adjutant des katholisch strenggläubigen baskischen Korpskommandeurs Ibarrola, dann in dessen Generalstab.

Worin sehen Sie die Gründe für die Niederlage der Spanischen Republik?

Es gibt drei Hauptgründe.

Erstens: Die Generalsmeuterei vom 18. Juli 1936 – mit straff organisierten Truppen, so Fremdenlegionären, maurischer Kolonialsoldateska und schon nach wenigen Tagen den ersten deutschen Interventen, vor allem Luftwaffenverbänden – traf Spaniens Völker unvorbereitet.

Zweitens: Intern gab es auf Seiten der von Liberalen bis zu Anarchisten breit gefächerten Republikverteidiger verschiedenste Auffassungen und entsprechende Schwierigkeiten. Es kam sogar im Mai 1937 in Barcelona zu Anschlägen im Rücken der Kampffront. Vom spanischen Heeresverband aus verfolgte ich den die republikanischen Fronttruppen empörenden Hinterland-Aufbruch. Ich weiß, wieviel Irreführendes darüber im Ausland verbreitet wurde und wird.

Drittens und letztlich entscheidend für die Niederlage war einerseits die rücksichtslose Intervention Deutschlands, Italiens und Portugals nebst Kolonialtruppen, über 200 000 Mann (dagegen zählten die Internationalen Brigaden über die Jahre höchstens 50 000 und waren bunt zusammengewürfelt) – andererseits die sogenannte Nicht-Einmischungspolitik vor allem Britanniens.

Das führte zu München ...

Als die Spanische Republik nach zwei Kampffahren schwer angeschlagen war, setzten sich Chamberlain, Hitler, Daladier und Mussolini im September 1938 zusammen und vereinbarten das Münchener Abkommen. Es gab den deutschen Faschisten den Weg nach Osten frei.

Wie verlief Ihr weiterer Weg?

Unser XXII. Armeekorps stand bis zuletzt an der Front vor Valencia. Wir wurden dann nach Alicante beordert. Dort sollten uns britische Kiegsschiffe abholen. Tausende warteten im Hafen. Dann kam jedoch ein Kriegsschiff der Franquisten. Auf der Landseite preschten motorisierte Italiener

heran. Wir wurden von der Guardia Civil auf ein offenes Feld am Rande der Stadt eskortiert.

Mir gelang es zu fliehen. Ich durchquerte Spanien in wochenlangem Fußmarsch über Landwege, dann mit der Bahn. Als ich nahe San Sebastian die Grenze zu Frankreich überschreiten wollte, wurde ich gefaßt. Als Preso gubernativo, wozu ungeklärte, leichte Fälle gehörten, kam ich ins Hilfsgefängnis „Zapatari“. Bei Außenarbeiten vermochte ich mit einem Kameraden zu entkommen und mich nach Frankreich und von dort nach Belgien durchzuschlagen.

Wie erging es Ihnen dort?

Ich erhielt als Rückkehrer aus Spanien Aufenthaltserlaubnis. Als am 10. Mai 1940 die deutsche Wehrmacht Belgien überfiel, mußten sich Angehörige von Feindstaaten stellen, auch Antifaschisten.

Wir, in der Mehrzahl jüdische Asylanten, weiter politische Exilanten, wurden zusammen mit Auslandsnazis in einem Gefangenen-Güterzug nach Frankreich abtransportiert. Schließlich landete ein Teil von uns – wer irgendwo Offizier gewesen war, wurde aussortiert – im Camp du Vernet.

Wie lange waren Sie dort?

Bis Ende 1940. Während die Auslandsnazis, unmittelbar nach dem deutsch-französischen Waffenstillstand freigelassen wurden, hielten sie uns 120 Juden aus Deutschland sowie Österreich im Lager fest, ebenso einige bürgerliche Hitlergegner und sechs Spanienkämpfer.

Schließlich wurde unsere Offiziersgruppe nach Agen zwangsüberführt. Wir arbeiteten dort bei Bauern oder in Forsten. Als wir Juden im Spätsommer 1942 zur Arbeit in den deutsch besetzten Osten geschickt werden sollten, floh ich. Ich bin der einzige unserer Gruppe, der Auschwitz entkommen ist.

Doch wohin nun?

Die nahe Schweiz kam nicht in Frage, von ihren Grenzschutzwachen drohte sofortige Auslieferung an die Deutschen. In Spanien untertauchen, auch nicht; doch über Spanien nach Portugal – zwar auch ein faschistisch regiertes Land – und mit Hilfe dort etablierter Hilfskomitees unterzukommen, schien möglich. Es gelang mir.

Sie sind 1947 nach Deutschland zurückgekehrt. Nach allem, was Sie erlebt hatten?

Ungeachtet der Beschwörungen meines Bruders Hans, mich nicht ins Land der Massenmörder zu begeben, hielt ich die Rückkehr auf Grund sozialistischer Überzeugung für meine Pflicht. Deutschland durfte nicht Reaktionären überlassen werden.

Was waren Ihre ersten Eindrücke?

Ich hörte von der Ansprache des US-Außenministers Byrnes in Stuttgart, die wie Churchills Fulton-Rede den Kalten Krieg eröffnete. Bald wurden verurteilte deutsche Kriegsverbrecher im Westen freigelassen, viele jüdische und liberal gesinnte

US-Besatzungsoffiziere heimbeordert und bisherige Diener des Hitlerregimes nahezu hofiert. Als von den Nazis Ausgebürgerter mußte ich hingegen lange um Rückgabe der deutschen Staatsangehörigkeit kämpfen.

Im zerstörten Berlin – Sie waren in Ihrem Heimatbezirk Charlottenburg untergekommen – meldeten Sie sich beim damaligen SED-Politbüromitglied Paul Merker, den Sie von Vernet kannten.

In Vernet hatte ich einige Zeit in der Krankenbaracke mit Merker und Hans Marum zusammengelegt. Wir wurden hier von Heinz Renner, damals dort Pfleger, später Essener Oberbürgermeister und Adenauer-Kontrahent im Bundestag, bestens betreut. In Berlin empfahl mir Merker dann, ich solle Journalist werden.

Sie folgten dem Ratschlag.

Ja, ich wurde im Ostteil des noch für Jahre ungeteilten Berlins angestellt, blieb aber in Westberlin wohnen. Bis Mitte der 60er Jahre, als ich wegen wesentlicher Meinungsverschiedenheiten ausschied, war ich ADN-Korrespondent in Berlin-West. Meine Ausbildung hatte ich in erster Linie Dr. Georg Honigmann zu verdanken, der aus britischem Exil gekommen war. Juden waren und blieben in den östlichen Medien zahlreich, ebenso unter sowjetischen Presseoffizieren.

Auch in anderen Institutionen – bis hinauf in Regierung, ZK und Politbüro – waren bis zuletzt Jüdinnen und Juden stark vertreten. Nirgends bin ich in der DDR auf Antisemitismus gestoßen.

Im Westen machten Sie andere Erfahrungen?

Bezeichnend ist, daß von 1949 bis heute meines Wissens kein einziger Jude in eine Schlüsselstellung der Bundesregierung aufgenommen wurde.

Wie sehen Sie Deutschland heute?

Deutschland hat eine Rückwende erlitten. Ich bin beunruhigt. Vor allem wegen des großdeutschen, eurozentristischen Neonationalismus, der heute wieder offizielle Politik bestimmt. Dementsprechend geht bisher die innere Hauptgefahr nicht von brandschatzenden Stiefel-Faschisten aus, vielmehr von gewissen Mächtigen in Wirtschaft, Politik und Medien, die im Hintergrund die Fäden ziehen.

Ich frage mich: Werden fünf Jahrzehnte nach Auschwitz die nicht unbedeutenden potentiellen Gegenkräfte erneut, wie vor 1933, die von rechten Machtpotenzien ausgehende Gefahr unterschätzen? Entschiedener Gegendruck aller Anständigen ist wieder überlebenswichtig geworden.

Interview: Karlen Vesper

Mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion des ND, in dem das hier leicht gekürzte Interview am 3./4. 6. 1995 erschienen ist.

Nicht in unserem Namen!

Christine Buchholz zur Militarisierung der deutschen Politik

Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik hat seit 1990/1991 einen deutlichen Paradigmenwechsel durchgemacht. Will „Die Linke“ ihre Aufgabe als Anti-Kriegs-Partei erfüllen, muß sie sich mit dieser Entwicklung auseinandersetzen – auch im friedenspolitischen Teil des Parteiprogramms.

Seit über zehn Jahren treibt die Bundesregierung den Umbau der Bundeswehr zu einer effektiven international einsatzfähigen Interventionsarmee voran. Dazu gehören unter anderem die Aussetzung der Wehrpflicht, der Umbau zu einer Berufs- und Freiwilligenarmee und die Projektierung neuer Rüstungsvorhaben.

Die westdeutsche herrschende Klasse hat seit der Niederlage Nazi-Deutschlands im Zweiten Weltkrieg immer versucht, ihren politischen Spielraum auszudehnen, um ihre ökonomischen Interessen effektiver vertreten zu können. Unter den damaligen Bedingungen bedeutete das vor allem Westintegration, Wiederbewaffnung und NATO-Beitritt. Dabei haben alle Bundesregierungen versucht, eine eigenständige Rolle – durchaus auch im Konflikt mit den Verbündeten – zu spielen, sei es bei der Unterstützung der Nuklearprogramme in Südafrika und Brasilien, bei der Rüstungsexport- oder bei der Währungspolitik. Mit dem Ende der Blockkonfrontation und damit einhergehend der deutschen Vereinigung haben sich die globalen und regionalen Rahmenbedingungen geändert. Der Golfkrieg von 1991 bildete eine Zäsur. Er offenbarte, wie begrenzt die Wirkungsmöglichkeiten des deutschen Kapitals international sind, solange sich die BRD der direkten Kriegsbeteiligung verweigert. Die Bundesregierung zahlte, blieb aber ohne Einfluß auf die Nachkriegsordnung.

Seitdem sind die deutschen Regierungen bestrebt, systematisch die Fähigkeit zu erweitern, ihr wirtschaftliches Gewicht international auch durch den Einsatz von Waffengewalt zu flankieren. 1992 stand erstmals in den Verteidigungspolitischen Richtlinien das, was inzwischen gängige Geschäftsgrundlage für die Bundeswehrreform von Thomas de Maizière ist.

In dem Maße, wie die Zahl der Verlierer des globalen Kapitalismus, des Klimawandels und der Wirtschaftskrise einerseits und die Verteilungskonflikte zwischen den Industriestaaten um die verbleibenden Ressourcen andererseits zunehmen, wird auch die Bedeutung von Krieg und Militär wachsen. Um Handelswege abzusichern sowie rohstoffreiche Gebiete und strategisch bedeutende Regionen zu kontrollieren, werden die Herrschenden noch mehr als bisher auf die Bundeswehr zurückgreifen wollen. Neben Afghanistan können wir das bereits heute

auch vor Somalia und im Sudan beobachten. Im Sudan geht es den führenden Industrienächten vor allem um die Kontrolle des Ölreichtums. In Somalia kämpfen sie,



Christine Buchholz

zumindest zum Teil, um die Absicherung der Route durch den Suezkanal. Und überall ist die Bundeswehr mit dabei.

Salamitaktik zur „Gewöhnung“ der Bevölkerung

Wesentliches Hindernis für eine Militarisierung der Außenpolitik war die tief verwurzelte Ablehnung jeglicher militärischer Gewalt in der deutschen Bevölkerung nach den enormen Verwüstungen und Menschenverlusten des Zweiten Weltkrieges. Deswegen entwickelte die Bundesregierung Anfang der 90er Jahre eine „Salamitaktik“ (Verteidigungsminister Volker Rühe), um Deutschland wieder kriegsfähig zu machen: Schrittweise Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“ und sukzessive Gewöhnung der Bevölkerung „an Krieg,



Hände weg von Libyen! Aus „Solidaire“, Brüssel

Tod und Verwundung“, wie es der Generalinspekteur der Bundeswehr Wellershof 1991 formulierte.

Auslandseinsätze begannen scheinbar harmlos mit einzelnen Sanitätären der Bundeswehr in Kambodscha und einem kleinen Kontingent in Somalia 1992 und 1993. Aber Schritt für Schritt wurden die Einsätze größer und gewalttätiger, bis zur ersten bundesdeutschen Beteiligung an einem Angriffskrieg gegen Jugoslawien

1999. Es ist symptomatisch, daß es einer Regierung aus SPD und Grünen bedurfte, dies auch innenpolitisch durchzusetzen. Die „moralische Legitimation“, der Verweis auf Menschenrechte und Demokratie haben den Krieg wieder gesellschaftsfähig gemacht.

So bleibt bis heute der „Menschenrechtsimperialismus“ wesentlich zur Legitimierung von Kriegen, auch wenn die Herrschenden inzwischen viel offener mit ihren wahren Motiven an die Öffentlichkeit gehen. Die bloße Erwähnung der Tatsache, daß Kriege aus geopolitischen und letztlich ökonomischen Interessen heraus geführt werden, kostete Bundespräsident Horst Köhler das Amt. Heute kann der Verteidigungsminister ohne Anfeindungen erklären, deutsche Sicherheitsinteressen ergäben sich „aus unserer Geschichte, der geographischen Lage in der Mitte Europas, den internationalen politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen des Landes sowie unserer Ressourcenabhängigkeit als Hochtechnologie-Standort und rohstoffarme Exportnation“.

Da Krieg weiterhin äußerst unpopulär ist, entdecken die tonangebenden Medien und bestimmte Politiker überall dort, wo die „nationalen Interessen“ den Militäreinsatz erfordern, eine humanitäre Krise, Menschenrechtsverletzungen, Diktaturen, Bedrohungen für die Nachbarn oder gar einen „neuen Hitler“, um eine bewaffnete Intervention als legitim darstellen zu können. Vergleichbare Mißstände, welche die Interessen der im „Westen“ herrschenden Klassen nicht tangieren, gelangen indes kaum ins öffentliche Bewußtsein. Es ist eine Tatsache, daß westliche Militäreinsätze stattfinden, wenn sich die sogenannten nationalen Interessen der beteiligten Staaten durch eine solche Intervention fördern lassen.

Anhaltend blutiger Krieg in Afghanistan

Die Menschen, in deren Interesse die Einsätze angeblich durchgeführt werden, zahlen einen hohen Preis. Kosovo ist Protektorat der EU, die serbische Bevölkerung wurde größtenteils von dort vertrieben, der verbliebene Teil befindet sich in einem Dauerkonflikt mit albanischen Nationalisten. Irak ist ein besetztes Land. Abgereichertes Uran von westlichen Waffen hat ganze Landstriche verseucht, das öffentliche Eigentum ist privatisiert. Hunderttausende Iraker sind gestorben, um ein imperialistisches Besatzungsregime durchzusetzen. In Afghanistan hält die NATO in einem anhaltenden und blutigen Krieg eine korrupte und beim Volk unbeliebte Regierung an der Macht, die sich in den Provinzen auf die alten Kriegsherren und Drogenbarone stützt.

Aber auch die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung profitiert nicht von den Kriegen. Wenn von „unseren“ oder „nationalen“ Interessen die Rede ist, sind damit immer jene der Konzerne und ihrer Eigentümer gemeint. Sie brauchen den Zugang zu Rohstoffen und Märkten, sie ernten die Profite, es ist in ihrem Sinne, wenn weltweit Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse aufrechterhalten werden. Die große Mehrheit – auch in Deutschland – bekommt lediglich die Rechnung präsentiert. Während die Bundesregierung bei arbeitslosen Eltern sparen will, veranschlagte ihr Haushalt für den Afghanistan-Einsatz 2010 insgesamt 1,2 Milliarden Euro. Laut einer kürzlich veröffentlichten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird dieser Krieg bis 2014, sollte die Bundeswehr bis dahin abgezogen sein, insgesamt 34 Milliarden Euro gekostet haben (inklusive vom DIW berechneter Nebenkosten). Das alles bezahlen wir mit unseren Steuergeldern!

Öffentliche Gelöbnisse sind nur die Spitze des Eisbergs

Neben den unmittelbaren Kosten der Einsätze und der Rüstung wird die Gesellschaft auch noch durch die zunehmende Militarisierung des öffentlichen Lebens belastet. Wir erleben in den letzten Jahren eine wahre Schewenne an publizitätswirksamen Veranstaltungen der Bundeswehr in Deutschland. Dabei sind öffentliche Gelöbnisse nur die Spitze des Eisbergs. Jugendoffiziere haben im vergangenen Jahr 115 000 Schülerinnen und Schüler erreicht. Wehrdienstberater konnten in den Schulen gar vor 281 000 Jugendlichen auftreten. Die Zahl der Lehramtsanwärter, die Ausbildungsangebote der Bundeswehr nutzen, ist seit dem Jahr 2003 von 50 auf nunmehr 1073 hochgeschwollen. Weitere 3266 Lehrkräfte haben im vergangenen Jahr Fortbildungen beim Militär besucht.

Auf Initiative der Bundeswehr haben in den letzten zwei Jahren neun Landesregierungen Kooperationsvereinbarungen im Bildungsbereich mit ihr abgeschlossen. Ziel der Abkommen ist es, die Nachfrage nach Jugendoffizieren an den Schulen zu erhöhen. Darüber hinaus wirkt die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr darauf hin, deren Verankerung in der Bevölkerung durch Präsenz und logistische Unterstützung auf Volksfesten und Messen, Kooperation und Partnerschaften mit Kommunen, Zusammenarbeit mit Vereinen zu verbessern. Im hessischen Stadthallendorf hat die Division Spezielle Operationen (DSO) beispielsweise eine Sporthalle und ein Schwimmbad gebaut, die örtliche Vereine gegen ein geringes Entgelt nutzen können.

All das dient heute der Legitimierung der Bundeswehr. Die Einsätze selbst finden wenig positive Resonanz, wie Umfragen zur deutschen Beteiligung in Afghani-



Kanzlerin Merkel im April 2009 auf Truppenbesuch in Kundus, wo Bundeswehroberst Klein Männer, Frauen und Kinder massakrieren ließ

stan belegen. Laut ARD Deutschlandtrend schwankt die Ablehnung in den letzten drei Jahren zwischen 54 und 72 Prozent – bei weiter wachsender Distanzierung. Die Bundeswehr hingegen ist, auch als Ergebnis der erwähnten Kampagnen, heute angesehener als noch vor 20 Jahren. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach vom Mai 2010 haben 51 Prozent der Deutschen „sehr viel“ oder „ziemlich viel“ Zutrauen zur Bundeswehr, während der Bundestag nur auf 34 Prozent und die Kirchen auf 39 Prozent kommen. Die Zustimmung ist bei jungen Menschen (15 bis 35 Jahre) überdurchschnittlich hoch, was sicher ein Ergebnis der dargestellten Öffentlichkeitsarbeit ist und dazu beiträgt, frische Rekruten für sie zu gewinnen.

Außerdem sehen wir, wie die Bundeswehr sich die immer trüben Aussichten junger Menschen auf einen Arbeitsplatz zunutze macht, um eine „Armee im Einsatz“ als vielversprechenden Jobanbieter zu profilieren. Ein überproportionaler Anteil der neuen Rekruten und Freiwilligen kommt aus strukturschwachen Regionen, insbesondere aus Ostdeutschland. Viele der Soldaten in Auslandseinsätzen geben offen zu, daß sie allein des Geldes wegen ihre Haut zu Markte tragen. So sieht die angebliche Freiwilligkeit im Kapitalismus aus.

Achillesferse des deutschen Imperialismus

Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan ist Referenzprojekt für die zukünftigen Aufgaben der BRD-Streitkräfte und zugleich die empfindlichste Schwachstelle der Herrschenden.

So sehr sich der globale Mitwirkungsanspruch der Bundesregierung(en) am Beispiel Afghanistan deutlich machen läßt, so sehr holt die Realität die Kriegsbefürworter immer wieder ein. Korruption, tote Zivilisten, gefallene Bundeswehrsoldaten,

eine heillos überforderte Armee und eine zunehmende Gegnerschaft zur NATO – das ist die Bilanz nach zehn Jahren Krieg.

Den Widerspruch ständig aufs neue zu verdeutlichen und immer mehr Menschen gegen den Krieg zu mobilisieren, bleiben eine praktische Aufgabe für „Die Linke“. Sie hat dabei den überwiegenden Teil der Bevölkerung auf ihrer Seite. So kann der Krieg in Afghanistan zur Achillesferse des deutschen Militarismus werden.

Friedenspolitische Forderungen der Linkspartei

Das neue Programm der „Linken“ muß diese ständige Militarisierung der deutschen Politik in Betracht ziehen und die entsprechenden Forderungen konkret definieren.

Militäreinsätze lösen keine Probleme. Im Gegenteil, meist verschärfen sie diese nur noch und schaffen neuen Konfliktstoff. Daher sollte eine zentrale Forderung der „Linken“ im Verlangen nach sofortiger Beendigung aller Auslandseinsätze bestehen.

Für die neue Interventionspolitik der Machthaber Deutschlands ist die Frage nach der Wehrpflicht übrigens völlig irrelevant. Die „Armee im Einsatz“ stützt sich bisher ausschließlich auf Zeit- und Berufssoldaten. In dieser Hinsicht folgt sie dem Beispiel Großbritanniens und der USA. Die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht ist dennoch richtig, weil es sich dabei um einen Zwangsdienst handelt, der zwar ausgesetzt, aber nicht abgeschafft wurde. Die Aufhebung der Wehrpflicht ist jedoch kein Mittel gegen die Militarisierung der Außenpolitik und der Gesellschaft. Unser Ziel muß daher die Auflösung der Bundeswehr sein. Dies sollte als programmatisches Ziel festgehalten werden. Schritte dahin sind die Reduzierung und der Umbau der Streitkräfte in Richtung einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit.

Eine eigenständige deutsche Rüstungsproduktion ist für die von potentiellen Rivalen unabhängige Interventionsfähigkeit der Bundeswehr von ausschlaggebender Bedeutung. Deshalb, und auch, um Friedenspolitik nicht gegen Gewerkschaftspolitik ausspielen zu lassen, ist es dringend erforderlich, die Debatten über Rüstungskonversion, welche innerhalb der IG Metall in den 70er und 80er Jahren stattfanden, wieder aufzunehmen.

Ein erster Schritt dazu wäre ein komplettes Verbot von Waffen- und Munitionsexporten.

Christine Buchholz

Unsere Autorin ist Friedenspolitische Sprecherin der Linksfraction im Bundestag und gehört dem geschäftsführenden Vorstand der Partei Die Linke an.